



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Claudia Kaiser
Telefon:	02104/99-2188
Fax:	
E-Mail:	gf-soza@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 06.06.2024

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 27.05.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Elke Thiele

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater

Ina Bisani

Annette Braun-Kohl

Heinrich Burghaus

Torsten Cleve

Sandra Ernst

Martina Hannewald

Dirk Kapell

Roman Lang

Gerd Lungen

Jürgen Merrath

Laura Niehof

Annerose Rohde

Sybille Schettgen

Annegret Schiffers

Hildegard Schröder

Elizabeth Yeboah

ab 16:49 Uhr

#### **Verwaltung**

Ammar Abukhater

Claudia Kaiser

Martin Klemmer

Marcus Kowalczyk

Jana Lihl  
Armin Römer  
Petra Steinborn

### **Gäste**

Caroline Kleine-Benne  
Lilo Löffler  
Felicita Pagel  
Katrín Richter  
Eva Stoppa  
Johann Tschechne

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2023
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus dem Jahr 2023 50/002/2024
6. Erstellung eines schlüssigen Konzeptes für den Kreis Mettmann 50/005/2024
7. Trilaterale Zielvereinbarung 2024 50/006/2024
8. Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann - jährlicher Bericht 50/003/2024
9. Sachstandsbericht zur Pflegebedarfsfeststellung 50/007/2024
10. Sachstandsbericht aus dem Kreisintegrationszentrum 50/009/2024
11. Bürgergeld hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.03.2024 50/004/2024

- |     |   |             |
|-----|---|-------------|
| 12. | Koordinationsstelle Jugendpartizipation<br>hier: Vorschlag der Gruppe PIRATEN vom 05.03.2024  | 50/008/2024 |
| 13. | Einheitliche Beflagung am internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen<br>hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2024 | 50/010/2024 |
| 14. | Nachträge   |             |

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 15. Informationen der Verwaltung
- 16. Nachträge

### **Öffentlicher Teil**

<b>Zu Punkt 1:            Formalien</b>
---

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Anschluss stellt sie die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde fristgerecht am 14.05.2024 versendet.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit fest. In der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ist KA Rohde für SB Sölch anwesend. Ferner wird in der AfD-Fraktion SB Gilles durch KA Burghaus vertreten. Zudem lässt sich KA Küchler entschuldigen. Als Einzelmitglied hat sie keine Vertretung.

Im Anschluss stellt die Vorsitzende die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Der Vorschlag der Gruppe PIRATEN (TOP 12) wird einstimmig auf die Tagesordnung genommen.

Der Ausschuss erklärt sich auf Vorschlag der Verwaltung damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt 11 Bürgergeld – hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.03.2024 (50/004/2024) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4 Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv sowie den Tagesordnungspunkt 13 Einheitliche Beflagung am internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – hier: Antrag der SPD – Fraktion vom 29.04.2024 (50/010/2024) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8 Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann – jährlicher Bericht (50/003/2024) zu behandeln.

Die Benennung einer Berichterstatteerin bzw. eines Berichterstatters für den Kreistag ist nicht erforderlich.

<b>Zu Punkt 2:            Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2023</b>
---

Die Niederschrift der Sitzung vom 20.11.2023 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3:            Informationen der Verwaltung</b>
--

#### Neuaufstellung Bereich ALTERnativen 60 plus

Ergänzend zu den Ausführungen in der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 20.11.2023 teilt Herr Klemmer mit, dass im April dieses Jahres mit Frau Gundlach (vormals Teamleitung des Beteiligungsmanagements) die Nachbesetzung der Sachgebietsleitung erfolgen konnte. Weitere Vakanzen bestehen aktuell u.a. noch für die Aufgabenwahrnehmung

nach der AnföVO (Unterstützer im Alltag) und perspektivisch im Bereich der Investitionskostenbearbeitung. Darüber hinaus wird eine weitere Vakanz im Laufe des Jahres bedingt durch den Eintritt in den Ruhestand entstehen. Von somit insgesamt fünf Stellen in diesem Aufgabenbereich wurden bzw. werden im laufenden Jahr vier Stellen neubesetzt. Dies erfordert eine Priorisierung der Aufgaben in den nächsten Monaten. Ferner führt Herr Klemmer aus, dass der Aufgabenbereich daher auch einer inhaltlichen Neuaufstellung bedarf. Dies wird ebenfalls genutzt, um die Fokussierung von Inhalten und den Ausbau der Netzwerke und Angebote mit in den Blick zu nehmen. Der Sozialausschuss wird über die weitere Entwicklung entsprechend informiert werden. Nach Abschluss der erläuterten Neubesetzungen ist auch die Information des Sozialausschusses in Form einer Regelvorlage geplant.

Abschließend teilt Herr Klemmer mit, dass am 20.03.2024 eine Veranstaltung zur Thematik „Jung erkrankte Menschen mit Demenz unter 65“ stattgefunden hat. Grundsätzlich betrifft das Thema vermehrt ältere Menschen. Mit dieser Veranstaltung wurde ein anderer Fokus gewählt. Im Gegensatz zu älteren Menschen mit Demenz haben jüngere Betroffene andere Bedarfslagen, da sie oftmals noch berufstätig sind oder auch Familie mit minderjährigen Kindern haben. Der hier erforderliche Unterstützungsbedarf ist aktuell noch nicht ausreichend erforscht und gedeckt. Ferner führt Herr Klemmer aus, dass in o.g. Informationsveranstaltung das noch neue Thema sehr beeindruckend erläutert wurde und neben Menschen aus Theorie und Praxis auch Betroffene zu Wort gekommen sind.

Abschließend führt er aus, dass es im Kreis Mettmann bereits einige wenige Angebote für jung Erkrankte gibt. Der Fachbereich ALTERnativen 60 plus unterstützt bei Ausbau und Vernetzung und wird das Thema auch weiterhin im Blick haben.

#### Sachstand Beratungsangebot zur geschlechtlichen und sexuellen Identität

Herr Klemmer teilt mit, dass wie bereits im vergangenen Ausschuss angekündigt, die Thematik vorangetrieben wurde. Zwischenzeitlich konnten Kooperationsvereinbarungen mit dem BeratungsCenter Monheim am Rhein und pro Familia Mettmann geschlossen werden. Eine Kick-Off-Kampagne wird aktuell vorbereitet und mit dem PrideMonth Juni verbunden. Ein entsprechender Flyer ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Abschließend erläutert Herr Klemmer, dass mit den Anbietern eine Verständigung besteht, die Entwicklung in den kommenden zwei Jahren zu beobachten und u.a. zu schauen, wie viele Menschen dieses niederschwellige Angebot annehmen und welche Themenschwerpunkte aufgegriffen werden. Im Anschluss erfolgt in 2026 eine entsprechende Berichterstattung im Sozialausschuss.

<b>Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv</b>
---

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Frau Kleine-Benne.

Diese entschuldigt Frau Schöndorf, die parallel an einer großen Veranstaltung zur Thematik Ausbildung teilnimmt. Ergänzend führt Frau Kleine-Benne aus, dass der sogenannte „Jobturbo“ für geflüchtete Menschen mit geringerem Sprachniveau gut angelaufen ist und bereits kleine Erfolge verzeichnet werden können. Dies läuft auch in einem engen Austausch mit möglichen Arbeitgebern. Zudem teilt sie mit, dass entsprechend einer großen Studie zum weiteren Verbleib von ukrainischen Geflüchteten in der Bundesrepublik Deutschland 29 % der Ukrainer\_innen angegeben haben dauerhaft hier bleiben zu wollen. 15 % der Befragten gaben an, zumindest die nächsten Jahre hier bleiben zu wollen. 31 % der Befragten beabsichtigen, nach Beendigung des Krieges in ihre Heimat zurückkehren zu wollen und für weitere 25 % ist der Verbleib noch ungewiss.

Weiterhin erläutert Frau Kleine-Benne, dass der Übergang der Beratung im Rahmen FbW/Reha vom Jobcenter zur Agentur für Arbeit in Vorgesprächen ist. Die Ausgestaltung der fachlichen Weisungen ist noch abzuwarten. Erste Schritte konnten jedoch bereits eingeleitet werden, so dass man sich auf einem guten Weg befindet.

Ferner teilt sie mit, dass hinsichtlich der Umsetzung der geplanten Kindergrundsicherung zum 01.07.2025 keine neuen Erkenntnisse vorliegen. Hier sind weitere Informationen des Bundes abzuwarten.

Darüber hinaus führt Frau Kleine-Benne aus, dass die Einführung der BundID zur Identifizierung für alle Online-Anträge das Jobcenter zurzeit sehr beschäftigt. Insbesondere, da das digitale Angebot des Jobcenters ME-aktiv bereits rege genutzt wird, erfordert die Einführung der BundID einen hohen Beratungsbedarf. Die Umsetzung und der damit verbundene hohe Schutz persönlicher Daten werden jedoch sehr begrüßt. Aktuell erfolgt die entsprechende Einarbeitung der Mitarbeitenden.

Abschließend teilt Frau Kleine-Benne mit, dass ein gemeinsames Gespräch zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv und den Wohlfahrtsverbänden als Träger von AGH-Stellen zu deren weiteren Ausgestaltung – auch mit Blick auf das zu planende Haushaltsjahr 2025 und die Folgejahre – stattgefunden hat. Hier wird jedoch mit weiteren finanziellen Einschränkungen gerechnet, so dass bei einem engen Haushalt genau geplant werden muss, welche Maßnahmen möglich sein werden.

KA Kapell bittet um Mitteilung, ob die auf Seite 8 des Berichtes erwähnten eingeschränkten Öffnungszeiten für die Geschäftsstellen Hilden und Langenfeld zu Problemen bei den Kundinnen und Kunden geführt haben.

Frau Kleine-Benne teilt mit, dass ihr keine Beschwerden von Kundinnen und Kunden bekannt sind. Auch außerhalb der genannten Öffnungszeiten ist immer ein Mitarbeiter vor Ort, der weiter verweisen bzw. bei der Bedienung von Tablets zur online Beantragung unterstützen kann. Aufgrund dessen hat man sich überhaupt für eine Verlängerung der Maßnahme entschieden.

Ergänzend bittet KA Kapell um nähere Information, welche konkreten Ziele mit den auf Seite 25 ausgewiesenen Leistungsberechtigten formuliert werden.

Frau Kleine-Benne erläutert, dass es hier primär um die Stabilisierung und Unterstützung der Kundinnen und Kunden geht und diese an mögliche Maßnahmen und Qualifizierungen herangeführt werden.

Abschließend möchte KA Kapell wissen, ob für die auf Seite 26 des Berichtes ausgewiesenen Zahlen der Schuldnerberatung ein Trend erkennbar und hier ein Zuwachs zu verzeichnen ist.

Frau Kleine-Benne verneint dies und erläutert, dass die Zahlen in den vergangenen Jahren relativ konstant geblieben sind. Ein Anstieg ist seit der Coronapandemie für die Inanspruchnahme der psychosozialen Betreuung, aber nicht für den Bereich der Schuldnerberatung erkennbar.

KA Cleve bittet um Rückmeldung, ob er die Ausführungen auf Seite 25 des Berichts der Geschäftsführung dahingehend richtig liest, dass in 2024 bislang 246 AGH-Eintritte erfolgt sind. Zudem bittet er um entsprechende Mitteilung, wie viele Eintritte insgesamt für das laufende Jahr geplant sind und wie sich die Zahl in den letzten drei Jahren entwickelt hat.

Hierzu teilt Frau Kleine-Benne mit, dass in 2024 bis zum Stichtag 01.04.2024 246 AGH-Eintritte erfolgt sind. Grundsätzlich ist die Anzahl an Stellen in den vergangenen Jahren - bedingt durch das für den Bereich zur Verfügung stehende geringere Budget – reduziert worden. Bei der Kürzung wurde stets berücksichtigt, welche Stellen in der Regel gut nachbesetzt werden konnten, um diese möglichst zu erhalten. Die Anzahl der insgesamt für 2024 geplanten AGH-Eintritte wird in der Niederschrift mitgeteilt.

*Ergänzung: Für das Jahr 2024 hat das Jobcenter ME-aktiv 504 AGH-Eintritte geplant.*

KA Altvater führt aus, dass entsprechend des Berichts der Geschäftsführung 41 % der Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre alt sind. Sie bittet um Mitteilung, ob es spezielle Maßnahmen/Konzepte für diesen Personenkreis gibt.

Hierzu teilt Frau Kleine-Benne mit, dass grundsätzlich auch bei diesem Personenkreis nach speziellen Maßnahmen geschaut wird, da beispielsweise Über-Fünfzigjährige anders lernen und Dinge aufnehmen als Achtzehnjährige. Es existiert jedoch kein spezielles Team mehr, das diesen Personenkreis betreut.

Wie zu Beginn der Sitzung vereinbart, verweist die Vorsitzende KA Thiele im Anschluss auf die Anfrage der AfD-Fraktion zur Thematik Bürgergeld (TOP 11 Bürgergeld - hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.03.2024; Vorlage Nr. 50/004/2024) und die entsprechende Antwort des Jobcenters.

KA Burghaus teilt mit, dass er die Fragen als nicht hinreichend beantwortet betrachtet. Er behält sich daher vor, hierzu nochmals als Fraktion schriftlich Stellung zu beziehen und um kon-

kretere Antworten zu erfragen. Frau Kleine-Benne sichert für das Jobcenter eine entsprechende Beantwortung zu.

Die Antwort der Verwaltung bzw. des Jobcenters wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 5: Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge aus dem Jahr 2023  
- Vorlage Nr. 50/002/2024**

Die Vorsitzende KA Thiele verweist auf die Vorlage.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 6: Erstellung eines schlüssigen Konzeptes für den Kreis Mettmann  
- Vorlage Nr. 50/005/2024**

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer, der kurz die Vorlage erläutert.

Die Erstellung des schlüssigen Konzeptes wurde erneut ausgeschrieben und durch das Beratungsunternehmen „Analyse & Konzepte“ in Hamburg entsprechend erstellt.

Daraufhin stellt Herr Tschechne vom Beratungsunternehmen „Analyse & Konzepte“ die Vorgehensweise sowie die Ergebnisse des schlüssigen Konzeptes für die Kosten der Unterkunft im Kreis Mettmann anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Diese ist als Anlage 2 beigelegt.

Im Anschluss bittet KA Hannewald um eine Mitteilung, ob es sich bei den Angaben zur Nachfrageanalyse um die tatsächliche Anzahl an Bedarfsgemeinschaften handelt. Zum anderen bittet sie um nähere Erläuterung des ermittelten Angebots zu den genannten Richtwerten am Beispiel der ausgewiesenen Einpersonenhaushalte.

Herr Tschechne erläutert, dass es sich hierbei um die tatsächliche Anzahl an Bedarfsgemeinschaften handelt. Zur Ermittlung der Angebote fügt er an, dass von allen in 2023 veröffentlichten Angeboten – und somit anmietbaren Wohnungen - für beispielsweise Einpersonenhaushalte (Größe der Wohnung 25 – 50 qm) 30 % der angebotenen Wohnungen den neu ermittelten Richtwerten entsprachen und somit angemessen waren. Ergänzend fügt er an, dass für die jeweilige Wohnungsgröße die Quadratmeter und nicht die Zimmeranzahl berücksichtigt werden.

KA Ernst dankt für die ausführliche Vorstellung des Konzeptes und bittet um Übersendung der Präsentation. Ergänzend bittet sie um Mitteilung, ab wann das neue schlüssige Konzept von allen Beteiligten (ka. Städte und Jobcenter) umgesetzt wird. Zudem bittet sie um Erläuterung, warum von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffene Menschen nicht mitgezählt wurden und ob mit Hilfe der durchgeführten Untersuchungen erkennbar wurde, wieviel Wohnraum im Kreis Mettmann insgesamt benötigt wird.

Herr Kowalczyk teilt mit, dass das schlüssige Konzept ab sofort angewendet wird und als Geschäft der laufenden Verwaltung zu betrachten ist. Dies gilt auch für die Umsetzung und die entsprechende Anerkennung der erhöhten Kosten der Unterkunft im Jobcenter. Von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffene Menschen wurden nicht berücksichtigt, da sie über keinen Wohnraum verfügen. Dem schlüssigen Konzept kann daher auch nicht entnommen werden, wieviel Wohnraum im Kreis Mettmann benötigt wird. Dies war jedoch auch nicht die Aufgabe des Konzeptes.

Auf Rückfrage von KA Burghaus, wer über die Schlüssigkeit des Konzeptes entscheidet, teilt Herr Klemmer mit, dass dies über Gerichtsurteile erfolgt. Das vorherige schlüssige Konzept wurde im Rahmen eines Gerichtsverfahrens bestätigt, so dass die Verwaltung davon ausgeht, dass dies beim aktuellen Konzept ebenfalls geschieht.

KA Merrath bittet um Mitteilung, für welchen Zeitraum dieses Konzept nun gültig ist. Ergänzend bittet er um Mitteilung, wer sich hinter den ausgewiesenen institutionellen Vermietern verbirgt und inwieweit auch Kommunen angeschrieben wurden, sofern sie als Vermieter auftreten.

Hierzu führen Herr Klemmer und Herr Tschechne aus, dass das Konzept zunächst für zwei Jahre gültig ist. Hiernach erfolgt eine Indexfortschreibung für weitere zwei Jahre, so dass insgesamt eine Gültigkeit von vier Jahren besteht. Ferner führt Herr Tschechne aus, dass eine Liste der Großvermieter zur Verfügung stand. Einzelne Namen werden aus Gründen des Datenschutzes nicht genannt. Sofern Kommunen in Einzelfällen vermieten, wurden diese als Kleinvermieter angeschrieben.

Abschließend bittet KA Hannewald um Mitteilung der Kosten für ein solch schlüssiges Konzept.

Herr Klemmer sichert eine entsprechende Mitteilung mit dem Protokoll zu.

*Ergänzung: Die Kosten für die Erstellung eines schlüssigen Konzeptes betragen rund 33.000 Euro.*

Die Mitglieder des Sozialausschusses nehmen die Inhalte der Vorlage sowie die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7: Trilaterale Zielvereinbarung 2024 - Vorlage Nr. 50/006/2024</b>
--

KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer. Dieser erläutert die Vorlage und führt aus, dass der Kreis als kommunaler Träger sich auch dieses Jahr wieder mit dem Jobcenter auf kommunale Ziele vereinbart hat. Der Fokus wurde gesetzt auf den Aspekt der Kostensenkung, also die Umsetzung des zuvor erläuterten aktuellen schlüssigen Konzeptes sowie auf ein weiteres Ziel für den Bereich der kommunalen Eingliederungsleistungen mit dem Schwerpunkt Suchtberatung; das Ziel des Abbaus von Vermittlungshemmnissen ist für den Kreis Mettmann wichtig.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 8: Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann - jährlicher Bericht - Vorlage Nr. 50/003/2024</b>
--

KA Thiele übergibt das Wort an Frau Lihl. Diese stellt sich kurz als neue Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Mettmann und somit Nachfolgerin von Frau Jeschke vor und erläutert die Vorlage. Ergänzend führt sie aus, dass die in der Vorlage erwähnte Idee der orangenen Bänke im kommenden Lenkungskreis Anfang Juni aufgegriffen und weiter vorangetrieben werden soll.

KA Ernst dankt für die ausführliche Berichterstattung und begrüßt ausdrücklich die Idee der Installierung von orangenen Bänken. Sie geht davon aus, dass eine entsprechende Umsetzung mit dem Gewaltschutzmonat November erfolgt und hofft auf eine öffentlichkeitswirksame Aktion. Hinsichtlich der Umsetzung der Erweiterung der Wohnprojekte kann sie die dargestellten Schwierigkeiten nachvollziehen. Sie regt daher an, die Umsetzung noch eine Zeit zu begleiten, um gegebenenfalls im Anschluss zu schauen, ob es hier noch andere Wege und Möglichkeiten gibt.

Herr Klemmer ergänzt, dass die Verwaltung zwischenzeitlich von beiden Trägern die Rückmeldung erhalten hat, dass jeweils eine zweite Wohnung in Aussicht gestellt wird. Er betont, dass die weitere Entwicklung beobachtet und an der Erweiterung der Wohnprojekte festgehalten wird. Ferner führt Herr Klemmer an, dass beide Träger sehr intensiv an der Umsetzung arbeiten und hartnäckig auf der Suche nach geeigneten Wohnungen sind. Er ist daher sehr zuversichtlich, dass eine finale Umsetzung gelingt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bislang keine Menschen in Notsituationen unversorgt geblieben sind, da das Gewaltschutzsystem im Kreis Mettmann breit aufgestellt ist und sehr gut funktioniert. Er sieht somit keine Notwendigkeit einer Anpassung.

KA Cleve bittet um Erläuterung, wie viele der im vergangenen Jahr im Frauen- und Kinderschutzhaus des Kreises Mettmann untergebrachten 58 Frauen aus dem Kreis Mettmann kommen und ergänzend wie viele Frauen aus dem Kreis Mettmann in 2023 in einem anderen Frauen- und Kinderschutzhaus untergebracht waren.

Herr Klemmer teilt mit, dass in 2023 insgesamt sieben Frauen im hiesigen Frauen- und Kinderschutzhause untergebracht, die zuvor ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Kreis Mettmann begründet hatten. In der Vorlage ist lediglich eine Frau aufgeführt. Diese war dem Kreis Mettmann aufgrund der Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II bekannt. Nach Rücksprache mit dem Träger ist diese Zahl jedoch um sechs weitere Frauen - als sogenannte Selbstzahlerinnen - zu ergänzen, so dass es insgesamt sieben Frauen waren. Herr Klemmer bittet dies entsprechend zu berücksichtigen. Abschließend teilt er mit, dass zwei weitere Frauen aus dem Kreis Mettmann in anderen Frauen- und Kinderschutzhäusern untergebracht waren.

Anschließend übergibt die Vorsitzende KA Thiele das Wort an KA Niehof.

Diese erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 13 Einheitliche Beflaggung am internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen - hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.04.2024 (Vorlage Nr. 50/010/2024). Sie betont, dass man mit der angestrebten Beflaggung ein öffentliches Zeichen setzen und das Thema in den öffentlichen Fokus rücken möchte. Sie ergänzt, dass man die Flaggen entsprechend bestellen bzw. drucken lassen kann.

KA Kapell teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN den Antrag und die die damit verbundene Öffentlichkeit für die Thematik grundsätzlich begrüßt. Er kann jedoch die Festlegung auf das Hilfefon nicht nachvollziehen, da es hier durchaus andere Möglichkeiten gibt. Er würde eine entsprechende Umsetzung daher gerne offener lassen.

Herr Klemmer teilt mit, dass die Verwaltung eine offenere Umsetzung sehr begrüßen würde. Er führt aus, dass die Verwaltung das Ansinnen verstanden hat und die Wichtigkeit von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur Thematik ebenfalls sieht. Herr Klemmer würde das Thema jedoch gerne mitnehmen und an die Fachlichkeit im Lenkungskreis des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt im Kreis Mettmann abgeben. Hier kann seines Erachtens zielorientierter überlegt und beraten werden, welche Maßnahmen als geeignet betrachtet werden, um die Thematik noch mehr in den öffentlichen Fokus zu rücken; dies könne sich auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen beziehen. Für die nächste Sitzung des Sozialausschusses würde dann eine entsprechende Information über die Rückmeldung aus dem Lenkungskreis zugesichert.

Die SPD-Fraktion erklärt sich mit dem genannten Vorschlag einverstanden und zieht den Antrag daraufhin zurück.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 9: Sachstandsbericht zur Pflegebedarfsfeststellung - Vorlage Nr. 50/007/2024</b>
--

KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Abukhater. Dieser erläutert die Vorlage und die damit verbundene zunehmende Bedeutung der Ermittlung pflegerischer Bedarfe durch das Kreissozialamt. Inhaltlicher Schwerpunkt ist, dass der Medizinische Dienst nur die Einstufung in die Pflegegrade vornimmt, die Feststellung der Pflegebedarfe separat zu ermitteln ist. Dies ist für die leistungssachbearbeitenden Stellen ohne Expertise nicht möglich. Er führt ergänzend an, dass anhand der Fallzahlen deutlich wird, welche weiteren Stellenbedarfe hierbei im Rahmen der vorgenommenen Zentralisierung im Kreissozialamt bestehen. Diese werden im Rahmen der kommenden Haushaltsaufstellung zum Stellenplan seitens der Verwaltung vorgebracht und sollten entsprechende Berücksichtigung finden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 10: Sachstandsbericht aus dem Kreisintegrationszentrum - Vorlage Nr. 50/009/2024</b>
--

Frau Thiele übergibt das Wort an Herrn Kowalczyk. Dieser erläutert die Vorlage und die dargestellte Vielschichtigkeit und Breite der durch das Kreisintegrationszentrum bearbeiteten Themen. Die in der Vorlage genannten Maßnahmen dienen im Wesentlichen zur Gestaltung einer vielfaltsorientierten und offenen Aufnahmegesellschaft, zur Verbesserung der gesell-



schaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Bildungschancen von insbesondere neuzugewanderten Menschen sowie der Schaffung von Transparenz und von Netzwerkangeboten im Kreis Mettmann für die haupt- und ehrenamtlichen Integrationsakteure. Herr Kowalczyk führt aus, dass neben Aktionen zu Themen wie Demokratiefeindlichkeit auch Seminare für Elternbildung angeboten werden. Über die dadurch erreichten Eltern erhöhen sich nachweislich die Bildungschancen für deren Kinder. Abschließend teilt Herr Kowalczyk mit, dass das Kreisintegrationszentrum in 2024 dem Netzwerk aus ehren- und hauptamtlichen Kooperationspartnern 1.682.000 Euro zur Verfügung stellt. Der überwiegende Anteil (1.144.500 Euro) stammt aus erfolgreich beantragten Bundes- und Landesprogrammen.

KA Ernst dankt für die ausführliche Vorlage. Sie findet beeindruckend, wie vielfältig das Angebot ist und bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Römer als zuständigem Abteilungsleiter für die im Kreisintegrationszentrum geleistete Arbeit. Dieser sagt zu, den Dank an die Kolleginnen und Kollegen weiterzureichen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 11:      Bürgergeld</b> <b>hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.03.2024</b> <b>- Vorlage Nr. 50/004/2024</b>
---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde, wie zu Beginn der Sitzung vereinbart, bereits nach dem Tagesordnungspunkt 4 Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv beraten.

Die Antwort der Verwaltung bzw. des Jobcenters wird zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 12:      Koordinationsstelle Jugendpartizipation</b> <b>hier: Vorschlag der Gruppe PIRATEN vom 05.03.2024</b> <b>- Vorlage Nr. 50/008/2024</b>
--

Herr Kowalczyk erläutert kurz den Vorschlag der Gruppe PIRATEN und führt aus Sicht der Verwaltung aus, dass eine entsprechende Einrichtung mangels eigenem Kreisjugendamt schwer umzusetzen ist und es sich vielmehr um eine Aufgabe der Städte handelt. Zudem führt er an, dass es im Kreis Mettmann neben Angeboten über das Bundesförderprogramm „Demokratie leben“ bereits den Kreisjugendrat gibt, der die Jugendlichen integriert. Aus Sicht der Verwaltung wird ein Engagement von Jugendlichen als sehr wichtig betrachtet, in der Idee der Koordinationsstelle Jugendpartizipation wird jedoch aus genannten Gründen kein zusätzlicher Nutzen gesehen.

KA Cleve führt an, dass für ihn nicht nachvollziehbar ist, warum dieser Vorschlag im Sozialausschuss beraten wird. Zudem verweist er auf den bereits bestehenden Kreisjugendrat im Kreis Mettmann, der ein Alleinstellungsmerkmal in Nordrhein-Westfalen darstellt. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag daher ablehnen wird.

KA Kapell teilt mit, dass Maßnahmen für Jugendliche grundsätzlich befürwortet werden. Bei vorliegender Idee ist jedoch nicht klar, in welchen Bereich das integriert werden kann. Zudem ist das Anwendungsbeispiel der Städteregion Aachen nicht mit dem Kreis Mettmann zu vergleichen. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird den Vorschlag daher ebenfalls ablehnen.

Der nachstehende Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Koordinationsstelle Jugendpartizipation einzurichten, um engagierte Jugendliche zu unterstützen, zu informieren und zu vernetzen und sie so in Kontakt mit den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Gesellschaft zu bringen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt**  
bei drei Enthaltungen der SPD-Fraktion

**Zu Punkt 13: Einheitliche Beflaggung am internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 29.04.2024  
- Vorlage Nr. 50/010/2024**

Die Gesamthematik wurde wie bereits erläutert unter Tagesordnungspunkt 8 beraten und der Antrag zurückgezogen.

**Zu Punkt 14: Nachträge**

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Vor Eintritt in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt die Vorsitzende KA Thiele die Nicht-Öffentlichkeit her.

### **Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 18:11 Uhr**

gez.  
**Elke Thiele**

gez.  
**Claudia Kaiser**